

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr (in den Sonntags- und Feiertagsausgaben nachm. 4 Uhr) im Wilsdruff, bei Zulieferung durch die Boten 7,30 Uhr, bei Postbestellung nachm. 6 Uhr. Preis 10 Pfennig. Abonnement: Vierteljahr 2,50 Mark, halbjährlich 4,50 Mark, jährlich 8,00 Mark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckausgaben nicht verantwortlich. Jeder Abbestellungsfall ist durch die Redaktion zu bestätigen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Druckausgaben. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Druckausgaben.

Abonnement: Die halbjährliche Ausgabe 20 Mark, die vierteljährliche Ausgabe 10 Mark, die monatliche Ausgabe 3 Mark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckausgaben nicht verantwortlich. Jeder Abbestellungsfall ist durch die Redaktion zu bestätigen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Druckausgaben.

Nr. 284. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden Postfach Dresden 2640 Montag, den 6. Dezember 1926

Pariser Besprechungen.

Eine Erklärung Chamberlains.

Am Montag tritt der Völkerverbundrat in Genf wieder zu wichtigen Beratungen zusammen, an denen auch Deutschland wegen der Frage der Militärkontrolle das größte Interesse hat. Als Vorbereitung für die Genfer Ratstagung fanden in Paris ausgedehnte Ministerbesprechungen statt, die namentlich zwischen Briand und Chamberlain geführt wurden. In einer amtlichen Pariser Ausfaffung wird hervorgehoben, daß die Unterredungen zwischen den beiden Außenministern die verschiedenen Probleme der auswärtigen Politik berührten, vor allem aber diejenigen Fragen, die auf der Tagesordnung der Genfer Ratstagung stehen. Die beiden Außenminister stellten die übereinstimmende ihrer Anschauungen fest und beschloßen, in Genf ihre Unterhaltungen über andere Detailsfragen fortzusetzen, für deren Behandlung die Zeitspanne der ersten Unterredung nicht ausreichte.

In einer Erklärung von Pressevertretern erklärte Chamberlain, daß er den Eindruck habe, daß es zu einer Verständigung kommen werde. Die Grundlage dieser Verständigung bilde die französisch-englische Zusammenarbeit. Um eine Entspannung in Europa zu erreichen, müßte zu Beratungen die italienische Regierung hinzugezogen werden. Eine Konferenz der vier Mächte scheine ihm daher zweckmäßig. Zum Schluß sprach er die Hoffnung einer baldigen Räumung des Rheinlandes und eines baldigen Überganges der Militärkontrolle in Deutschland an den Völkerverbund aus und bezeichnete diese beiden Aufgaben als die nächste Notwendigkeit auf dem Wege der Verständigung.

Arbeitsbeginn in Genf.

„Im Auswärtigen Ministerium herrscht eine gerade zu fieberhafte Tätigkeit“ — in dieser Mitteilung waren sich alle aus Paris in den letzten Tagen kommenden Meldungen einig. Eine fieberhafte Tätigkeit, die sich natürlich als Auftakt zu der beginnenden Konferenz des Völkerverbundes in Genf darstellt. Der politische Himmel der an und für sich schon düster umzogen ist, weilt noch eine neue Wolke auf, aus der allerlei Überraschungen hervorbekommen können. Denn zum Auftakt von Genf gehören nicht nur die langen Konferenzen, die Briand mit Chamberlain gehabt hat, gehören nicht nur auch die noch viel längeren Auseinandersetzungen, die sich seit Wochen zwischen den deutschen und den französischen Staatsmännern, zwischen der deutschen und der französischen Presse abspielten, sondern zu diesem Auftakt gehört nun auch die auffällige Zusammenkunft, die Briand mit dem polnischen Außenminister gehabt hat, der sich gleichfalls vor der Genfer Konferenz noch in Paris einfinden hatte. Auch von der Welde, Belgiens Außenminister, hat ja seine Schritte nach Paris gefolgt, ehe er nach Genf fuhr.

Die Vorzeichen, unter denen die Genfer Konferenz begonnen hat, sind also für Deutschland keineswegs sehr günstig. Es wäre töricht, verschweigen zu wollen, daß Deutschland sich einem ziemlich geschlossenen Aufgange von Gegnern gegenübersteht und daß wir nicht unbedingt Aussicht haben, mit unseren Forderungen durchzukommen, die, wie ausdrücklich betont werden muß, ja in den offiziellen Beratungen des Völkerverbundes nur in sofern etwas zu tun haben werden, als vermutlich die Frage des sogenannten „Investigationsprotokolls“, als der militärischen Kontrolle durch den Völkerverbund, bei den ehemaligen Mittelmächten zur Sprache kommen wird. Mündlich und schriftlich hat die deutsche Regierung feierlich erklärt, daß die Bestimmungen jenes Protokolls für Deutschland ebensowenig annehmbar sind wie etwa die jüngste französische Forderung, durch die „stabilen Elemente“ die Kontrolle zu einer praktisch ständigen machen zu wollen. Hoffentlich wird wenigstens die bisherige Ententekontrolle und ihre Beendigung Gegenstand der Besprechungen zwischen den Ministern sein, obwohl auch hier die Ablehnung seitens der Entente leicht wäre durch den Hinweis darauf, daß theoretisch allein zuständig die Völkerverbundskonferenz ist. Daß gewisse politische Einflüsse ihren Eindruck in Paris nicht verfehlt haben, geht schon daraus hervor, daß die Frage der sogenannten Befestigungen von Königsberg, Küstin und Glogau überraschend in der Vorbergründung geschoben wird.

Die drei Gründe zur Ablehnung des „Kontrollprotokolls“ die der deutsche Außenminister vor kurzem in seiner Denkschrift darlegte, sollen nun ergänzt werden durch das Verlangen Deutschlands, auf Grund der Gleichberechtigung in die Kontrollkommission ein Mitglied zu entsenden, sofern sich die Kontrolle auf andere Staaten erstreckt. Der Grund für diese deutsche Forderung liegt in der leider immer noch nicht hergestellten vollen Gleichberechtigung, die wir doch als Mitglied des Völkerverbundes genießen müssen. Stärker aber als je wird französischerseits betont, daß an jedem Buchstaben der Versailles-Vertragsbestimmungen festgehalten werden müsse; auch Briand hat sich erst vor einigen Tagen in der Deputiertenkammer dieses Verlangen wieder zu eigen gemacht.

Die Deutschen in Genf.

Eintritt der Delegationen.

Reichsminister Dr. Stresemann, Staatssekretär von Schubert und Ministerdirektor Dr. Gaus sind zur Teilnahme an der am Montag beginnenden Ratstagung in Genf eingetroffen und wieder im Hotel Metropole abgestiegen. In ihrem Empfang hatten sich der deutsche Untergeneralsekretär, Gesandter Dufour-Heronce, der deutsche Generalkonsul Aschmann, ferner Regierungsrat Herber als Vertreter des sächsischen Senatspräsidenten Dr. Zahn und eine größere Anzahl Pressevertreter am Bahnhof eingefunden.

Auch die übrigen Völkerverbündeliegten trafen in Genf ein. Briand, Chamberlain, Van der Velde und Jelawski, die in Paris eine Zusammenkunft hatten, benutzten für ihre Reise zur Konferenzstadt denselben Zug.

Biel beachtet wird in Pariser politischen Kreisen die Tatsache, daß an dem großen diplomatischen Frühstück, das Chamberlain auf der englischen Botschaft vor seiner Abreise gab, auch der deutsche Botschafter v. Hoepf teilnahm. Frankreich war durch den Kabinettschef des Quai d'Orsay, Berthelot, und Italien durch den Pariser Botschafter Baron Avezzana, vertreten.

Stresemanns Verhandlungen mit Briand und Chamberlain.

Genf, 6. Dezember. Die Unterredung, die der deutsche Außenminister Dr. Stresemann gestern nachmittag im Hotel de Berges mit dem französischen Außenminister führte, dauerte etwas über zwei Stunden. An der Verhandlung hat lediglich der Dolmetscher der Berliner französischen Botschaft, Professor Bernard, teilgenommen. Nach der Zusammenkunft mit Briand begab sich der deutsche Außenminister sogleich zu dem englischen Außenminister Chamberlain ins Hotel Beau Vivant. Die Beratungen zwischen Stresemann und Chamberlain dauerten ebenfalls zwei Stunden. Im Laufe des Nachmittags hatte Briand vor der Zusammenkunft mit dem Reichsaussenminister zweimal den stellvertretenden Generalsekretär des Völkerverbundes Avenol empfangen. Gleich nach der Beratung mit Dr. Stresemann fand eine Unterredung zwischen Lord Robert Cecil und Briand statt.

Das Ergebnis der heftigen Volksabstimmung.

Darmstadt, 6. Dezember. Das Endergebnis der heftigen Volksabstimmung über die Auflösung des Landtages hat 202 464 Stimmen für Auflösung und 219 226 Stimmen gegen die Auflösung ergeben. An dem Resultat dürfte sich nach unseren Feststellungen nichts mehr ändern. Die Entscheidung der Volksabstimmung lautet daher: Keine Auflösung des Landtages. Die Wahlbeteiligung betrug knapp 50 Prozent.

zu man aber nun endlich in Genf die so oft versprochenen Gleichberechtigung Deutschlands zur Wirklichkeit machen, so wird ohne weiteres klar, daß sich diese Gleichberechtigung mit jenen Vertragsbestimmungen nicht in Einklang bringen lassen. Der Versailles-Vertrag ist eben auf dem Grund gebaut, Deutschland militärisch, finanziell, wirtschaftlich niederzubehalten, den Gedanken vom „Völkerverbund“ zu verweigern. In diesem inneren Gegenpaß wird und muß jeder Versuch eines Ausgleichs immer dann scheitern, sobald man auf der einen Seite die Gleichberechtigung will, auf der anderen Seite an dem Buchstaben des Vertrages festhält oder gar darüber hinausgeht, wie das bei der Rheinlandbesetzung und der Militärkontrolle, bei der Behandlung des Saargebietes, der Grenzfragen und zahllosen anderen Punkten ständig geschehen ist und immer noch geschieht. Entgegenkommen deutscherseits hat bisher einen wirklich praktischen Erfolg auf Milderung der Vertragsbestimmungen keinen Einfluß gehabt, selbst dann nicht, wenn wir weit über die Verpflichtungen des Versailles-Vertrages hinausgingen.

Das ist die Mißliebe, die im Genfer Fahrwasser liegt und die zu unschlüssigen eben nur bei beiderseitigem guten Willen möglich ist. Dieser gute Wille — das können wir als Deutsche wohl verlangen, nachdem wir so viele Beweise unseres Entgegenkommens gegeben haben — darf nun aber nicht, wie seit den Tagen von Locarno, bei Worten stehenbleiben, sondern muß endlich zur Tat werden.

Die Umsatzsteuerbezahlung.

Ein Erlass des Reichsfinanzministeriums. Aber die Frist für die Umsatzsteuervorauszahlungen und Umsatzsteuervorauszahlungen teilt das Reichsfinanzministerium folgendes mit: Durch die Verordnung vom 8. November 1926 sind mit Wirkung vom 1. Dezember ab die Verzugszuschläge, aber auch die Schonfrist an aufgehoben worden. Die Umsatzsteuervorauszahlungen wären daher an sich für den Monat Dezember bis zum 10. Dezember und für den Monat Januar bis zum 10. Januar zu leisten; zu den gleichen Zeitpunkten wären auch die Vorauszahlungen abzugeben. Um Schwierigkeiten in der Übergangszeit zu vermeiden, hat der Reichsminister der Finanzen die Finanzämter angewiesen, allgemein von der Erhebung von Verzugszuschlägen und von Verzugszinsen abzusehen, wenn die bis zum 10. Dezember 1926 fällige Umsatzsteuervorauszahlung und Umsatzsteuervorauszahlung der Monatszahler bis einschließlich 15. Dezember 1926 und die bis zum 10. Januar 1927 fällige Vorauszahlung und Vorauszahlung der Monatszahler bis einschließlich 15. Januar 1927 beim Finanzamt (Finanzkasse) eingehen. Gehen die Vorauszahlungen jedoch nicht bis zum 15. Dezember 1926 bzw. 15. Januar 1927 ein, so werden Verzugszinsen (10 %) vom 10. Dezember bzw. 10. Januar ab erhoben.

Schluß der deutsch-englischen Besprechung.

Allgemeine Befriedigung.

Die zweite Tagung der Londoner Konferenz zwischen den Vertretern des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist zu Ende gegangen. Die Verhandlungen unter dem gemeinsamen Vorsitz von Sir Max Muffatt, Präsident des Verbandes der Britischen Industrien, und Geheimrat Dr. Duisberg, Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, waren auf beiden Seiten durch Wohlwollen und Offenheit ausgezeichnet. Am Schluß der Sitzung wurde große Befriedigung von den Vertretern beider Organisationen über den erzielten Fortschritt und die großen künftigen Möglichkeiten, die für ein Zusammenwirken zwischen den beiden Körperschaften eröffnet wurden, ausgesprochen. Man trennte sich mit herzlichen Wünschen für die Zukunft.

Ein Communiqué, das von Sir Max Muffatt und Geheimrat Duisberg gemeinschaftlich unterzeichnet ist, stellt mit Klarheit und Nachdruck fest, daß im Verlaufe der Besprechungen die Frage internationaler Kartelle und Syndikate nicht erörtert worden ist und ebenso wenig irgendwelche Anregungen für ein gemeinschaftliches Vorgehen der deutschen und der englischen Industrie gegen die Industrie anderer Länder. Die Vertreter der beiden Industriellenorganisationen würden, so führt das Communiqué weiter aus, einen verträglichen Schritt nicht nur für einen Verstoß gegen die guten Sitten, sondern auch für die unglaublichste Torheit halten.

Auffehererregende Rede des tschechischen Kriegsministers.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Prag, 6. Dezember. Der tschechische Kriegsminister Urdal hat am Sonnabend im Budgetausschuß des Prager Senats eine überraschende kriegerische Rede gehalten. Er erklärte, es wäre gewiß schön, wenn die Tschechoslowakei nach Art der Schweiz unantastbar wäre. In der Praxis aber sehe diese Unantastbarkeit sehr wertvoll aus und letzten Endes entscheide nicht nur eine Mobilisierung der Armee, sondern des ganzen Staates und aller seiner Angehörigen. Sicherlich müsse jeder Kriegsminister, ehe er zum Letzten schreite, den Rat des Außenministers einholen. Erst, wenn alle diplomatischen Wege erschöpft seien und es anders nicht gehe, muß die letzte Entscheidung fallen. Für diesen Fall begehe er, der Minister, keine Befürchtungen wegen der Mordthat, die die Verfassung zur Kriegserklärung vorschreibe.

Das letzte Halbjahr 1926 bis zum 10. Januar 1927 zu leisten; zu den gleichen Zeitpunkten wären auch die Vorauszahlungen abzugeben. Um Schwierigkeiten in der Übergangszeit zu vermeiden, hat der Reichsminister der Finanzen die Finanzämter angewiesen, allgemein von der Erhebung von Verzugszuschlägen und von Verzugszinsen abzusehen, wenn die bis zum 10. Dezember 1926 fällige Umsatzsteuervorauszahlung und Umsatzsteuervorauszahlung der Monatszahler bis einschließlich 15. Dezember 1926 und die bis zum 10. Januar 1927 fällige Vorauszahlung und Vorauszahlung der Monatszahler bis einschließlich 15. Januar 1927 beim Finanzamt (Finanzkasse) eingehen. Gehen die Vorauszahlungen jedoch nicht bis zum 15. Dezember 1926 bzw. 15. Januar 1927 ein, so werden Verzugszinsen (10 %) vom 10. Dezember bzw. 10. Januar ab erhoben.

Der Reichsfinanzminister läßt mitteilen, daß Auslandsanleihen künftig nicht mehr steuerlich begünstigt werden sollen.

Die deutsche Sozialpolitik.

Tagung des Hansabundes.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie trat in Berlin zu einer Tagung zusammen. Dr. Hermann Fischer, der Präsident des Hansabundes, gab den Forderungen der Wirtschaft Ausdruck, die diese gegenüber dem für 1927 beabsichtigten Finanzausgleich stellt. Er betonte die Notwendigkeit, den in dem internationalen Wirtschaftsmarkt vor einigen Wochen niedergelegten Grundgedanken eine härtere Resonanz innerhalb der deutschen und der internationalen Öffentlichkeit zu schaffen. Den Hauptinhalt der Tagung bildete ein Referat des Präsidiumsmitglied des Hansabundes, des Prof. Dr. Moldenhauer, über das Thema „Der künftige Kurs der deutschen Sozialpolitik“.

Alle Maßnahmen der Sozialpolitik müßten, so sagte der